45. Was ist im §. 108 St.G.B.'s unter der Herbeiführung eines unrichtigen Ergebnisses der Wahlhandlung zu verstehen?

II. Straffenat. Urth. v. 20. Oktober 1882 g. G. Rep. 2329/82.

I. Strafkammer bei dem Amtsgerichte Ortelsburg.

Aus den Gründen:

Auf Grund der Beweisverhandlungen hat der erste Richter als erwiesen angenommen, daß der Mitangeklagte G. als Wahlvorsteher einen von einem Wähler erhaltenen Wahlzettel in die Urne gelegt, alsdann wieder herausgenommen und dem betreffenden Wähler zurückgegeben hat, worauf dieser nach kurzer Zeit einen anderen Zettel brachte, welcher in die Urne gelegt wurde.

Bezüglich der Frage, ob durch diese Handlung des Angeklagten der objektive Thatbestand des §. 108 St.G.B.'s erfüllt sei, d. h. ob durch die Handlung ein unrichtiges Ergebnis der Wahl herbeigeführt sei, soll es nach der Meinung des ersten Richters von Erheblichkeit sein, ob der fragliche Wahlzettel beschmutzt gewesen sei, oder nicht. Nehme man an, daß G. den Zettel zurückgegeben habe, weil er beschmutzt gewesen, dann würde — so wird in den Urteilsgründen ausgeführt — allerdings ob-

jektiv ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung herbeigeführt sein, da alsdann an die Stelle eines beschmutzten, also ungültigen Zettels ein gültiger in die Wahlurne gekommen und dadurch für einen Kandidaten das Stimmverhältnis sich um eine Stimme geändert haben würde. Nehme man dagegen an, daß der Zettel nicht schmutzig gewesen sei, dann sei der objektive Thatbestand nicht erwiesen, weil nicht vorliege, daß an Stelle des von G. zurückgegebenen Zettels ein solcher mit dem Namen eines anderen Kandidaten abgegeben sei, in welchem Falle allein eine Fälschung des Wahlergebnisses vorliegen würde.

Die letztere Ausführung ist allerdings rechtsirrtümlich. Ob im Endresultate durch die fraglichen Handlungen des Angeklagten etwas geändert worden ist, oder nicht, ist gleichgültig.

Unrichtig ist ein Wahlergebnis schon dann, wenn Stimmzettel nicht mitgezählt worden sind, welche hätten mitgezählt werden müssen, oder umgekehrt, wenn Stimmzettel mitgezählt sind, welche nicht hätten mitgezählt werden dürfen. Nachdem im vorliegenden Falle der betreffende Wähler seinen Stimmzettel abgegeben hatte und dieser in die Urne gelegt war, hatte der betreffende Wähler sein Stimmrecht ausgeübt. Der von ihm abgegebene Stimmzettel mußte mitgezählt werden, insofern derselbe nicht in Gemäßheit des §. 19 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 (B.G.Bl. S. 275) und des §. 13 des Wahlgesezes vom 31. Mai 1869 (B.G.Bl. S. 145) seitens des Wahlvorstandes für ungültig erklärt wurde. Das Wahlergebnis war daher schon in dem Augenblicke ein unrichtiges, als der Wahlvorsteher den Stimmzettel aus der Urne wieder herausnahm und dem Wähler einhändigte, da infolgedessen der gültig abgegebene Stimmzettel nicht mitgezählt ist, bezw. über dessen Gültigkeit oder Ungültigkeit vom Wahlvorstande nicht beschloffen werden konnte. Ob derselbe Wähler demnächst einen anderen Stimmzettel abgegeben hat, und dadurch das Endergebnis thatsächlich dasselbe geblieben ist, wie es gewesen sein würde, wenn der erste Stimmzettel nicht aus der Urne herausgenommen wäre, ist unerheblich, weil das Wahlrecht dieses Wählers mit der Abgabe und Annahme des ersten Stimmzettels erloschen war, und die Annahme des zweiten Zettels somit eine weitere Unrichtigkeit des Wahlergebnisses herbeiführte, insofern dadurch bewirkt wurde, daß ein ungültiger Wahlzettel mitgezählt worden ist.